

AKTUELLE MELDUNGEN

Meldung:

13. Juni 2007

KiBiz oder Mumpitz?

SPD-Informationsveranstaltung zum neuen Kinderbildungsgesetz

Bad Salzuflen. Von einem Paradigmenwechsel in der Gesetzgebung für Kindertageseinrichtungen sprach Klaus Schäfer vom NRW-Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Er stellte am Montag in einem voll besetzten Saal in der Festhalle Schötmar das neue Kinderbildungsgesetz KiBiz im Rahmen einer Podiumsdiskussion vor. Eingeladen hatten Ute Schäfer, MdL, und die SPD Bad Salzuflen; neben dem Vertreter des Familienministeriums nahmen Vertreter dreier großer Träger von Kindertageseinrichtungen und eine Elternvertreterin an der Diskussion teil.

Das von Familienminister Laschet als modernster Gesetzentwurf in Europa propagierte Papier regelt vor allem die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen. Dabei soll die Finanzierung nicht mehr wie bisher „spitz“ gerechnet werden. Dieser Ausdruck bedeutet, dass die entstehenden Kosten refinanziert werden. Jetzt soll es anders laufen: In einem komplizierten System von Pauschalen wird die Finanzierung festgeschrieben, um die Kosten für die vorschulische Bildung und Pflege von Kindern für das Land kalkulierbar zu machen.

Pauschalen für das einzelne Kind, so Klaus Schäfer vom Familienministerium, seien Durchschnittsrechnungen und könnten den unterschiedlichen Anforderungen nicht gerecht werden. Deshalb gäbe es Pauschalierungskriterien, die für einen gerechten Einsatz des Geldes sorgen sollen. Nach den Ausführungen Klaus Schäfers richtet sich die Pauschale für jedes Kind nach Gruppenart, für die eine feste Zahl von Fachkräften vorgesehen ist, und nach der wöchentlich in Anspruch genommenen Betreuungszeit. Der Gesetzentwurf sieht drei Gruppenformen vor: Für Kinder von zwei Jahren bis zur Einschulung, für unter Dreijährige und für Kinder von drei Jahren und älter. Die angebotenen Betreuungszeiten von 25, 35 und 45 Stunden sollen innerhalb flexibler Öffnungszeiten angeboten werden. Im KiBiz soll jetzt auch landesweit die Integration behinderter Kinder gesetzlich gefördert werden. Die Zertifizierung einer Kindertageseinrichtung als Familienzentrum spielt ebenfalls eine Rolle bei der Finanzierung.

Eine Gegenrechnung machte Wolfgang Stadler von der Arbeiterwohlfahrt Ostwestfalen-Lippe auf. Er zeigte, dass bei der neuen Finanzierung vor allem Verluste für die Träger zu erwarten seien. Das Argument der Landesregierung, dass diese Verluste durch die vielen unterschiedlichen Einrichtungen eines Trägers ausgeglichen werden könnten, lehnte er ab: Vor allem die Einrichtungen mit klassischen Kindergarten-Öffnungszeiten würden profitieren, der Entwurf sei ein Rückschritt. Er machte darauf aufmerksam, dass kleine Träger kaum eine Chance hätten und dass die Elternbeiträge zwangsläufig erhöht werden müssten.

Walter Fette vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband wurde deutlich: Mumpitz sei ein zu schwaches Wort für den Gesetzesentwurf. Er sah Abbau- und Rückschritttendenzen, vor allem in der pädagogischen Qualität.

Michael Güttler vom Deutschen Roten Kreuz kritisierte, dass der beschworene Paradigmenwechsel allein der Planungssicherheit des Landes diene. Er fragte danach, ob Chancen und Risiken wirklich gerecht verteilt seien und wer zum Schluss die Fehlsummen zahle.

Susanne Wehking vom Bad Salzufler Stadtelternrat der Tagesstätten für Kinder bemängelte, dass die Elternmitarbeit im neuen Gesetz keine Rolle mehr spiele, die sei allein dem Träger überlassen. Sie sprach die Befürchtung aus, dass auf die Eltern in Zukunft nicht nur erhöhte Beiträge, sondern auch erhebliche Sachkosten zukämen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen starke Befürchtungen haben. Sie bezogen sich vor allem auf die pädagogische Qualität ihrer Arbeit, die sie gefährdet sahen, und auf die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze.

Klaus Schäfer wies abschließend darauf hin, dass sich die Kindereinrichtungs-Landschaft verändere. Es gäbe weniger Kinder, die Kinder würden früher eingeschult, Horte würden von der Offenen Ganztagsgrundschule abgelöst und es würden mehr Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren gebraucht. Er ging davon aus, dass bei Berücksichtigung dieser Fakten eher mehr als weniger Fachkräfte gebraucht würden.

Ute Schäfer wies abschließend darauf hin, dass mit KiBiz eine große Chance vertan würde. Hier sei ausschließlich die Finanzierung geregelt, die Chance zur Festschreibung von Bildungsstandards nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen sei vertan.

Copyright 2007 SPD Bad Salzuflen. Realisiert mit nrwspd.net, einem Service der barracuda digitale agentur GmbH, Köln.